

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1906

4.7.1906 (No. 224)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 4. Juli.

№ 224.

Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. 1906.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Selber frei.
Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amthlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 26. Juni d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem derzeitigen Prorektor der Universität Freiburg, Geheimen Hofrat Professor Dr. Franz Schmidt und dem Vorsitzenden der akademischen Baukommission, Geheimen Hofrat Professor Dr. Gustav Kümelin das Ritterkreuz des höchsten Ordens Berthold des Ersten zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 26. Juni d. J. gnädigst geruht, den ordentlichen Professor der Chirurgie an der Universität Utrecht Dr. Albert Karath unter Ernennung zum Geheimen Hofrat zum ordentlichen Professor der Chirurgie an der Universität Heidelberg und zum Direktor der chirurgischen Klinik daselbst zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 18. Juni d. J. gnädigst geruht, dem Postdirektor Ludwig Küdt in Alchern die Vorsteherstelle bei dem Postamt in Ettlingen und dem Postinspektor Hermann Bafisch bei dem Postamt 2 in Karlsruhe die Postinspektorstelle bei dem Postamt 1 daselbst, sowie nachgenannten Oberpostpraktikanten — unter Ernennung derselben zu Postinspektoren — Postinspektorstellen zu übertragen, und zwar Leopold Fischer in Karlsruhe bei dem Postamt 2 daselbst, Albert Martin in Konstanz bei dem Postamt 1 in Mannheim und Albert August Müller in Konstanz bei dem Postamt in Heidelberg, endlich dem Postmeister Leonhard Ewald, vordem in Ettlingen, die Vorsteherstelle bei dem Postamt in Wiesloch zu übertragen.

Mit Entschließung des Ministeriums des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten vom 28. Juni d. J. wurden die Betriebsassistenten (Eisenbahnpraktikanten) Alexander Krehmer in Pforzheim und Johann Geiger in Mannheim zu Betriebssekretären ernannt.

Mit Entschließung Großh. Ministeriums des Innern vom 27. Juni d. J. ist Bezirksgeometer Wilhelm Brugier in Mosbach nach Konstanz versetzt worden.

Mit Entschließung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 2. Juli d. J. wurde die Veretzung des Betriebsassistenten Wilhelm Neeff in Heidelberg nach Dos zurückgenommen.

Nicht-Amthlicher Teil.

Zwei Jahrzehnte deutschen Reichspostdampferbetriebs.

In diesen Tagen sind zwei Jahrzehnte verflossen, seit zum erstenmal die „Oder“ des Norddeutschen Lloyd von Bremerhaven die deutsche Reichspostflagge nach China tragen durfte und der „Salier“ den Reichspostdampferdienst nach Australien eröffnete. Es war damals keine leichte Aufgabe, für die Dampfersubventionen publizistisch einzutreten. Die Gegner der Subventionierung waren unermüdlich in der Verdächtigung der wenigen, die unbekümmert um Hohn und Spott, für die Förderung der deutschen Handelsmarine durch das Reich eintraten, und heute mit gerechtfertigter Befriedigung auf die in den zwei letzten Jahrzehnten geleistete Arbeit zurückblicken können. Mit der Annahme des Antrages auf Unterstüfung neu zu schaffender Reichspostdampferlinien mit Ostasien und Australien trat das Reich in die Reihe derjenigen Staaten, welche bis dahin durch den Weg der Subvention ihre Beziehungen zu jenen Ländern erweitert und befestigt hatten, gab das Reich der deutschen Industrie, dem deutschen Handel und der deutschen Schifffahrt den Beweis, daß es gewillt sei, die aus der Privatinitiative erwachsenen, für das gesamte Volksleben überaus wichtigen Beziehungen zum fernsten Osten zu unterstützen und zu erweitern. In der Geschichte der deutschen Reichskontinente liegt daher gleichzeitig ein sehr wesentliches Stück Zeitgeschichte. Die Entwicklung der deutschen Reichspostlinien hat gezeigt, daß die Aufnahme der Subventionspolitik von Seiten des Reiches nicht nur als gerechtfertigt, sondern als notwendiges

Glied in der Kette der deutschen Entwicklung anzusehen ist. Von ausschlaggebender Bedeutung für die Beurteilung der Entwicklung der Reichspostlinien sind zwei Gesichtspunkte, erstens die Entwicklung des zur Verwendung gekommenen Dampfermaterials, und zweitens die Entwicklung des Verkehrs selbst. Die Entwicklung des Dampfermaterials für die Reichspostlinien ist so eng mit dem deutschen Schiffbau verknüpft, daß in ihr gleichzeitig der Entwicklungsgang des deutschen Schiffbaues zum Teil charakterisiert wird, wie denn an und für sich die Errichtung der vom Reiche subventionierten Linien für den deutschen Schiffbau mit Rücksicht auf die Handelsmarine den eigentlichen Ausgangspunkt der gesamten neueren Flotta gebildet hat.

Die Reichspostdampferflotte vom Jahre 1885 verlangte, daß alle in die Reichspostdampferlinien einzustellenden neuen Schiffe auf deutschen Werften gebaut, daß ferner die alten bei der Eröffnung der Linien eingestellten Dampfer mit der Zeit durch neue, in Deutschland erbaute Schiffe ersetzt würden. Die in den deutschen Reichspostdampferlinien verwandten Dampfer von 10 000 und mehr Tonnern haben eine Vertiefung und Verbreiterung des Suezkanals zur Folge gehabt, welche jetzt den Schiffen aller Nationen zu gute kommt. Der deutsche Reichspostdampferverkehr hat es ferner mit sich gebracht, daß endlich ein Deutscher, nämlich der Präsident des Aufsichtsrates des Norddeutschen Lloyd, dem Verwaltungsrat der Suezkanalgesellschaft angehört.

Für die Bedeutung der Reichspostlinien mit Bezug auf die Entwicklung des deutschen Gesamtverkehrs nach Ostasien und Australien ist charakteristisch, daß trotz der gewaltigen Verkehrssteigerung auf den Linien selbst, sowohl nach Ostasien wie nach Australien noch andere deutsche große Frachtlinien zur Blüte gelangt sind. Abgesehen von der Wichtigkeit des Reichspostdampferverkehrs an sich muß besonders hervorgehoben werden, daß in unmittelbarem Anschluß an die Reichspostlinien durch die betreibende Reederei, den Norddeutschen Lloyd in Bremen, eine überaus große Zahl von Neben- und Anschlußlinien errichtet worden sind, welche dem deutschen Gesamtverkehr nach Ostasien und Australien zu gute kommen. An der Spitze steht dabei das außerordentliche Verkehrsnetz der ostasiatischen Küstenfahrt. Durch den Ankauf der wichtigsten im hinterindisch-chinesischen Küstenverkehr beschäftigten englischen Linien der Scottish Oriental Company und der East India Ocean Steamship Company schuf der Norddeutsche Lloyd ein neues Liniennetz, welches von der Bay von Bengalen mit Einschluß der großen und kleinen Sundainseln, der Molukken und der Philippinen sich bis zum Norden Chinas erstreckt und auf der Hauptverkehrsader des mittleren China, dem Yangtsekiang, 800 englische Meilen weit in die chinesischen Mittelprovinzen vordringt. Anstatt der ursprünglichen Zahl von 27 Schiffen vermittelt jetzt 51 deutsche Dampfer im direkten Anschluß an die Reichspostlinien den so überaus wichtigen ostasiatischen Zweigverkehr, und zwar selbständig ohne Reichsunterstützung. Ein fernerer Mittelpunkt ist für die deutschen Besitzungen im Stillen Ozean durch den Norddeutschen Lloyd neuerdings im Simpsonhafen, im Bismarckarchipel, geschaffen worden. Japan ist mit Australien durch eine deutsche Linie des Lloyd in direkte Verbindung gebracht; eine Frachtlinie des Lloyd, unabhängig von den Reichspostlinien, läuft über Niederländisch-Indien durch die Arafurasee nach Australien. Das alles sind deutsche Erfolge, welche in unmittelbarem Zusammenhange mit der Errichtung der Reichspostlinien stehen und diesen ihre Entstehung verdanken.

Arbeiterbewegung.

(Telegramme.)

* **Jork**, 3. Juli. In einem großen Teile der hiesigen Tuchfabriken haben die Arbeiter, Weber und Spinner, die Arbeit niedergelegt, weil sie die neue Arbeitsordnung, die am 2. Juli in Kraft treten sollte, nicht anerkennen wollen.

* **Budapest**, 3. Juli. Ein Teil der Arbeiter der Gasfabrik hat die Arbeit eingestellt. Da ein Teil der Stadt ohne Beleuchtung geblieben war, mußte zur Dienstleistung Militär herangezogen werden. Die Betriebsstörung ist jetzt behoben.

* **Budapest**, 3. Juli. Im Soljotarjaner Kohlenbergwerk sind die Arbeiter in den Aufstand getreten. 200 Gendarmen und 1000 Soldaten sind beordert, um die Ordnung aufrecht zu erhalten.

(Mit einer Landtagsdebatte.)

* **Zürich**, 3. Juli. Angesichts der Streikbewegung der Maurer und Metallarbeiter bot die Regierung drei Bataillone Infanterie und eine Schwadron auf. Ein größerer Maurerstreik steht für Mittwoch bevor.

Kriegsminister v. Pitreich über die österreichisch-ungarische Armee.

(Telegramm.)

* **Wien**, 3. Juli. In der österreichischen Delegation protestierte gestern Kriegsminister v. Pitreich gegen die Behauptung, daß die gemeinsame Armee nur mehr zum Schein bestehe. Er betont, sie bestehe nicht nur zu Recht, sondern sie befinde sich sogar in einem von allen Mächten anerkannten vorzüglichen Zustande und arbeite erfolgreich und unentwegt an ihrer Verhollkommnung. Aber die Armee darf gegenüber den nationalen Gegensätzen des Reiches, weil sie ein Volkstheater ist, die Augen nicht verschließen. Sie muß trachten, die Gegensätze in ihrem Organismus auszusöhnen. Bezüglich der angeblich durch die Großmachtsucht verursachten Seereschausgaben führt der Minister aus: Oesterreich-Ungarn stellt nach seiner Fläche und Bevölkerung eine Großmacht dar, die unter dem habsburgischen Szepter ein für Europa unentbehrliches Staatengebilde repräsentiert. Im Frieden ist es sehr leicht, von einer Herabsetzung der Militärausgaben zu sprechen, wenn aber eine kriegerische Entwicklung kommt, wird man den Kriegsminister habbar machen. Der Minister weist sodann nach, daß die Seereschausgaben Oesterreich-Ungarns prozentual geringer seien als in Deutschland, Frankreich und Italien, wo sie einen viel größeren Teil der Gesamtausgaben ausmachen. Der Jureff aus der Delegation, wir wollen mit Wasser kochen, sei längst verwirklicht, und wenn, was der Welt zu wünschen wäre, gewisse Abrüstungspläne zur Ausführung kämen, hätten die anderen Staaten lange zu tun, um Oesterreich-Ungarns heutigen Stand zu erreichen. Wir sind aber ein geschätzter Alliierter geblieben, so fährt der Redner fort, obwohl wir in der Entwicklung des lebenden und toten Materials hinter den anderen Staaten zurückgeblieben sind. Der Redner erbittet schließlich die Annahme des Seereschausgabenbudgets, das nur die unbedingt notwendigen Anforderungen enthalte. Das Seereschausgabenbudget wird nach eingehender Spezialdebatte angenommen.

Aus dem englischen Parlament.

(Telegramm.)

Gegen den Flottenbesuch in Rußland.

* **London**, 2. Juli. Im Oberhaus fragte Earl of Jersey an, ob bei Gelegenheit des Besuchs der britischen Flotte in den russischen Häfen von den Matrosen verlangt werde, mit russischen Matrosen zu fraternisieren, die in die Gewalttat der Doggerbank verwickelt sind. Der Redner sagt: Wir können unsere Empfindungen über das, was sich in der Nordsee begeben hat, nicht töten und ebenso wenig über die Gräueltaten, die in Rußland begangen wurden. Die organisierten Judenwehler sind sicher Grund genug, daß sie uns von jedem Vorgehen fernhalten sollten, das so ausgelegt werden könnte, als ob es entweder Befriedigung oder Gleichgültigkeit gegenüber dem, was vorgegangen ist, ausdrückt. Ich halte es nicht für recht, daß den englischen Matrosen zugemutet werden sollte, die Beleidigung hinzunehmen, daß sie mit Leuten zu fraternisieren haben, die handeln würden wie der russische Admiral und seine Offiziere bei Gelegenheit der Gewalttat in der Nordsee gehandelt haben. Lord Denage spricht sein tiefes Bedauern aus, daß die Erinnerung an den Nordseezwischenfall wieder angesacht worden sei. Die Fischer an der Küste seien von dem Wunsch befeßt, zu vergeben und zu vergessen, und ihrer Arbeit in der Nordsee in freundschaftlichem Verkehr mit den Fischern der anderen Nationen weiter obzuliegen. Lord Musterny führt aus, er halte die von Lord Jersey gestellte Anfrage für gerechtfertigt. Lord Russell erregt der Unterstaatssekretär des Außenwesens, Lord Fitzmaurice das Wort: Er erinnert an den Ausspruch des verstorbenen Lord Derby, daß es eine große Sache sei, zu wissen, daß man das Gebiet der Zwistigkeiten zu beschränken im Stande sei. Das Wort Lord Derbys habe die Beschränkung in räumlicher Hinsicht verstanden. Es sei aber auch von größerer Bedeutung, das Feld von Zwistigkeiten in zeitlicher Hinsicht zu beschränken. Die erwarteten Ereignisse hätten sich vor einiger Zeit zugetragen, sie stellen einen abgeschlossenen Zwischenfall dar und so bedauerlich sie waren, so sind sie doch zweifellos auf ein Mißverständnis zurückzuführen. Sie seien von den Leuten, die in dem durch sie besonders betroffenen Gewerbezweig tätig sind, vergeben worden. Er sei überzeugt, daß die Mehrheit des Parlamentes und des englischen Volkes dahin übereinstimmen, daß man in dieser Sache das Vergangene vergangen sein lassen solle. Die Erörterung über diesen Gegenstand wird hiermit geschlossen.

Zur Lage in Rußland.

(Telegramm.)

Die Reichsbuma.

* **St. Petersburg**, 2. Juli. Bei der Beratung des Gesetzentwurfs über das Verfassungsgesetz kriti-

tiert Professor Maxim Kovalevski, nachdem er die hierauf bezüglichen Gesetze in Europa besprochen und erklärt hatte, er sei für die englische Gesetzgebung für diese Materie, den Gesetzentwurf der Kommission, die aus Mitgliedern der konstitutionell-demokratischen Partei zusammengesetzt sei. Der Gesetzentwurf, meint der Redner, beschränke die Rechte der Arbeiter. Er stimme jener englischen Theorie zu, die ausführe, es gebe kein Versammlungsrecht; es gebe das Recht der Rede und das Recht, zu gehen, wohin jeder wolle. Diese beiden Rechte vereinigt bilden ein Versammlungsrecht. (Anhaltender Beifall auf der Linken.) Die Rede Kovalevski's rief große Sensation und Erstaunen bei den gemäßigten Parteien hervor.

Der Generalstaatsanwalt der Marine, **Matusew**, erklärte hierauf kurz den Standpunkt des Marineministers, der sich den Anschauungen der Reichsduma nicht anschließen könne. Die Ausführungen des Redners wurden von Zwischenrufen: **Senker des Schmidt!** begleitet. Der Präsident erteilte hierauf dem Generalstaatsanwalt der Armee, **Pawlow**, das Wort. Der Lärm im Hause hindert diesen jedoch am Sprechen. Der Präsident läutet. Die gesamte Linke erhebt sich mit dem Rufe: Wir wollen die Senker, Räuber und Mörder nicht hören. Sie sollen ihren Ministern sagen, daß sie abdanken sollen. Mehrere Redner drängen mit geballten Fäusten zur Rednertribüne. Der Generalstaatsanwalt hält dem Lärm etwa eine Stunde lang Stand und verläßt sodann den Saal. Die Sitzung wird hierauf für eine Stunde unterbrochen.

Das Haus beriet sodann über die Abschaffung der Todesstrafe. Der Abgeordnete **Rusmin Karawajew** legte in längerer Rede dar, daß die Todesstrafe, sowohl vom juristischen als auch vom politischen Standpunkt aus, abgeschafft werden müsse. Der Redner verweist auf die französische Revolution und erklärt, die Reichsduma müsse auf die Beseitigung der Todesstrafe hinarbeiten, so daß kein Mord in Rußland geschehen könne. Der Redner verlangt endlich, daß die Todesstrafe selbst in Kriegszeiten abgeschafft werde. (Lebhafter Beifall.) Der Justizminister ergreift hierauf das Wort, um für die Todesstrafe einzutreten, welche wegen der Entwicklung des Anarchismus unentbehrlich sei. Der Minister weist hierauf auf das Beispiel der Vereinigten Staaten von Nordamerika hin, in denen die Todesstrafe infolge der Ausbreitung des Anarchismus eingeführt worden sei. Der Redner, dessen Ausführungen durch Zurufe: **Abdanken! Abdanken!** und **Aufhören!** mehrfach unterbrochen wurden, schließt mit der Erklärung, die Regierung könne die Todesstrafe zurzeit nicht abschaffen, denn das hieße auf das Recht verzichten, die zu bestrafen, die die treuen Söhne des Landes morden. (Zwischenrufe: **Genug! Genug!**) Der Präsident erhebt sich zu der Erklärung: Ein solches Vorgehen, die Ausführungen eines Redners abzuschneiden, ist in der Geschäftsordnung der Reichsduma nicht vorgesehen. (Beifall in der Mitte.)

Die Sitzung wird um halb 7 Uhr wieder aufgenommen. Redner der Linken und der konstitutionell-demokratischen Partei geben als Erklärung für das Verhalten der Duma deren Entrüstung über General **Pawlow** an, dessen Leben eine Kette von Hinrichtungen aufweise. Redner von der Rechten, wie **Graf Seyden** u. **Fürst Wolkonski** erheben Einspruch gegen das Verhalten der Linken. Die Duma könne nicht arbeiten unter solchen Umständen, und wenn die Duma bei solchem Vorgehen verharren sollte, werde es in Rußland zu Blutvergießen kommen. Der sozialistische Abgeordnete **Fürst Baratow** führt aus: Die Duma habe **Pawlow** den Platz verweigert, nicht das Wort. Sie habe ihn davon gejagt, wie alle davon gejagt werden, die Blut an sich tragen. Das Haus nimmt sodann den Antrag an, die Beratung über die Todesstrafe bis zur Annahme der Vorlage fortzusetzen, die noch heute erfolgen solle. Die Erörterung über die Todesstrafe gestaltete sich sehr lebhaft. Der Gehilfe des Ministers des Innern, **Makarow**, teilt mit, der Minister des Innern sei bereit, einen Entwurf in Erwägung zu ziehen in Verbindung mit der Vorlage auf Revision der Ausnahmengesetze. Die Abgeordneten **Nabatow**, **Lednik**, **Poditschew** halten heftige Reden für Abschaffung der Todesstrafe. **Priester Dahnew** sagt: Das Evangelium hätte die Todesstrafe abgeschafft. Durch die Leiden des Heilands sei diese heilige Wahrheit festgestellt worden. Keine Regierung habe das Recht auf Menschenleben. Jede Todesstrafe sei ein Verbrechen.

Die Duma nahm schließlich den von einer 15gliedrigen Kommission ausgearbeiteten Antrag auf Aufhebung der Todesstrafe einstimmig an.

St. Petersburg, 3. Juli. Der Generalstaatsanwalt der Armee, **Pawlow**, gegen den sich der gestrige lärmende Auftritt in der Duma richtete, hat sich das Mißfallen der Abgeordneten bereits bei seinem jüngsten Erscheinen im Hause zugezogen, wo er die Duma mit der Rede: „Diese Herren“ belegte. Der heutige Widerspruch der Duma gegen die Ausführungen **Pawlovs** stellte eine so stürmische Szene dar, daß in der ersten Erregung über den Vorfall manche Abgeordnete die Befürchtung äußerten, er werde zur Auflösung der Duma führen. Doch wird diese Auffassung allgemein als unbegründet angesehen. — Das degradirte erste Bataillon des **Preobraschenski-Regiments** wird durch ein völlig neues Bataillon ersetzt, das aus lauter Mittern des Georgsordens gebildet werden soll. Die Mannschaften des Garderegiments zu Pferde und die anderen Gardetruppenteile haben in einer Kundgebung alle Gemeinschaft mit den Leuten vom **Preobraschenski-Regiment** abgelehnt. Bei der Agitation in diesem Regiment sollen der Abgeordnete **Madjin**, sowie jüdische Spielleute des Regiments eine Hauptrolle gespielt haben. — In der Duma war ein Telegramm angeschlagen, in welchem 200 Mann des im Kaukasus stehenden **Mingrelischen Regiments** gegen die Verurteilung von 27 ihrer Kameraden durch das Kriegsgericht Einspruch erhoben.

St. Petersburg, 3. Juli. Am 4. d. M. wird ein Regierungs-kommunique veröffentlicht, welches besagt, die Regierung habe in Ausführung des allerhöchsten Befehls bei der Reichsduma einen Antrag eingebracht betr. die Mehrung des bäuerlichen Landbesitzes und die Besserung der bäuerlichen Agrarverhältnisse. Die Regierung beabsichtige, den Bauern unter für die vorteilhaften Bedingungen alle kulturfähigen Kronländereien zu übergeben und bei deren Unzulänglichkeit die feilgebotenen Privatgüter für Kronrechnung anzukaufen und sie zu ermäßigten Preisen an die Bauern zu verkaufen unter Deckung der event. Preisdifferenz aus Kronmitteln. Die Regierung gedenke ferner die Ueberfiedlung auf neue Klänge zu unterstützen, die für die Landverkäufe festgesetzten Formalitäten zu vereinfachen und die Ueberfiedlung nach **Sibirien** und **Mittelasien** zu fördern. Für die möglichst schnelle Besserung der Lage der notleidenden Bauern soll eine besondere Kommission unter Beteiligung von Delegierten der Bauern ernannt werden. Ferner erklärt die Regierung die Behauptung, Land dürfe nicht Privatbesitz sein, für unrichtig und verspricht, die Besitzrechte aller unbedingt zu schützen, betont aber gleichzeitig, daß die Bauern Rußlands eingedungen sein mögen, daß eine Befriedigung ihrer Bedürfnisse nicht durch Gewalttaten, sondern durch freundliche Arbeit unter der ständigen Fürsorge des Kaisers möglich sei.

St. Petersburg, 3. Juli. Der Verkehrsminister hat dem Ministerrat einen der Reichsduma vorzulegenden Gesetzentwurf betr. die Legung eines zweiten Gleises der sibirischen Bahn vorgelegt.

St. Petersburg, 3. Juli. Wie die „**Nowoje Wremja**“ gerüchweise erzählt, war **Goremykin** gestern in Katerhof. Der Besuch hänge mit dem bevorstehenden Kabinettswechsel zusammen. — Bei einer im Gebäude der Stabsverwaltung des dritten Armeekorps in **Wina** vorgenommenen Hausdurchsuchung wurde das Siegel des geheimen Militärverbands gefunden, dessen Existenz dadurch bewiesen ist. Aus **Tiflis** wird der „**Nowoje Wremja**“ gedruckt, daß es fast überall im **Kaukasus** gäre und die traurigen Folgen des **Roronzschen Regimes** einzutreten drohen. — Der „**Awald**“ veröffentlicht zwei Rapporte, die der Kommandeur des in **Wjalsk** stehenden Regiments „**Wladimir**“ an den Kaiser erstattet hat und worin eingehend über die korrekte Haltung der Mannschaften während der Hezen berichtet wird. Der Kriegsminister hat angeordnet, daß die Offiziere der Garnison von **Wjalsk** strenge zur Verantwortung gezogen werden sollen, falls die gegen sie in der Presse erhobene Anklage sich als richtig erweisen sollte.

Warschau, 3. Juli. Die Revieraufseher und Schußleute erklärten dem Polizeimeister, daß sie in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom politischen Dienst befreit würden.

St. Petersburg, 3. Juli. In der nächsten Zeit wird eine aus Vertretern verschiedener Behörden gebildete Kommission sich nach **Turkestan** begeben, um die wirtschaftlichen und bergbauähnlichen Verhältnisse des Gebiets der geplanten **Turkestan-eisenbahn** zu prüfen. Durch diese Bahn soll eine Verbindung der transkaspischen und der sibirischen Bahn hergestellt werden.

Worb- und Raubüberfälle.
Warschau, 2. Juli. Heute wurden hier sechs **Mordanschläge** gegen Polizisten unternommen. Zwei Angegriffene wurden getötet, drei wurden verwundet, einer blieb unverletzt. Zwei Vorübergehende wurden von Kugeln getroffen und getötet. Die Behörde ordnete die Zurückziehung der Polizeiposten von den Straßen an. Der Sicherheitsdienst wird von Patrouillen versehen.

Kattowitz, 3. Juli. Gestern erschienen in der Wechselbank hier drei bewaffnete Männer und verlangten mit vorgehaltenem Revolver die Auslieferung der amtlichen Gelder. Der Vorsteher wurde schließlich gezwungen, 2000 Rubel herauszugeben, worauf die Räuber nach Ausstellung einer ordnungsmäßigen Quittung des Arbeitskomitees der polnisch-sozialistischen Partei verschwanden. 700 Rubel, welche der Bank gehörten, ließen sie zurück.

Charkow, 3. Juli. In der Nähe von **Kislowka** heraubten gestern Verbrecher einen Bankkassier, der 22 000 Rubel bei sich hatte. Der Kassier verfolgte die Räuber und wurde später ermordet aufgefunden.

Rebkrankheiten.

— **Straßburg, 2. Juli.**

Nach dem Berichte des Landesaufsichtskommissars in Reblausangelegenheiten über das Ergebnis des Weinbaues und über die Beobachtungen, welche in den Rebgeländen Esch-Lothringens hinsichtlich des Auftretens und der Bekämpfung von Rebkrankheiten und Rebschädlingen (mit Ausnahme der Reblaus) gemacht worden sind, bietet das Weingebiet 1905 kein besonders erfreuliches Bild. Sowohl hinsichtlich der Menge, als auch der Güte des Ertrages blieb es hinter seinem Vorgänger zurück. Ungewöhnlich ungenügende Witterungsverhältnisse hatten zur Folge, daß das vergangene Jahr nur einen Mittelertrag brachte. Besonders hervorzuheben muß auch werden, daß für die Höhe und Güte des Ertrages in ausgiebigem Maße entscheidend war, ob und mit welchem Erfolge die Bekämpfung der **Peronospora** in jedem einzelnen Falle durchgeführt worden ist. Von Rebschädlingen tierischer Natur trat der **Heu- und Sauerwurm** in Lothringen nur vereinzelt auf, dagegen im Esch so ziemlich überall. Betreffs des **Springwurms** mißfällt es, daß aus den drei Infektionszentren, die sich in

den letzten Jahren im Lande herausgebildet hatten, nämlich **Gernsburg**, **Waldheim** und **Warr**, sowie **Waldheim** im **Waldheim**, im Gegensatz zu den großen Ernteverlusten, welche der Schädling im Jahre 1902 angerichtet hatte, eine erfreuliche Besserung gemeldet, zweifellos infolge der allgemein durchgeführten Bekämpfung des **Springwurms**. Andere tierische Schädlinge, wie **Rebhecker**, **Weinstockschnecke**, **Waldkäfer**, große **Rebenschnecke**, **Weinstockmilbe** usw. machten sich nur wenig und meistens nur vereinzelt bemerkbar. Von Rebschädlingen pflanzlicher Natur hat die **falsche Mehltau** (**peronospora**) mit außerordentlichem Heftigkeit gehaust. Die Verluste an Erntemengen, die auf die **Peronospora** zurückzuführen sind, bewegen sich zwischen 25 bis 50 Proz. Das verderbliche Auftreten der Krankheit hatte in erster Linie seinen Grund in der anomalen Jahreswitterung. Die **Winger** wurden von der **Peronospora** schon zu einer Zeit überfallen, da kaum an die ersten Vorbereitungen zum Spritzen gedacht wurde und so war ein großer Teil der Gescheine bereits verloren, als mit der Bekämpfung der Krankheit erst begonnen wurde. Der echte **Mehltau** (**oidium**) ist im allgemeinen wenig und jedenfalls nicht so häufig aufgetreten wie in früheren Jahren. Diese Pilzkrankheit hat also nur geringe Bedeutung. Diese Pilzkrankheit hat also nur geringe Bedeutung. Diese Pilzkrankheit hat also nur geringe Bedeutung. Diese Pilzkrankheit hat also nur geringe Bedeutung.

Im wesentlichen ist aus den Ausführungen des Landesaufsichtskommissars ersichtlich: 1. daß die tierischen Schädlinge gegenüber früheren Jahren zurückgetreten sind, daß aber die pflanzlichen, insbesondere die **Peronospora**, sehr überhand genommen haben; 2. daß die Ursache des rapiden Umsichgreifens der Rebkrankheiten nicht nur im Fehlen von Bekämpfungsmitteln, sondern vielmehr in deren noch mangelhaften oder verspäteten Ausführung zu suchen ist! Ein Rückblick auf die Erfahrungen längerer Jahre muß zu der Ueberzeugung führen, daß die esch-lothringischen Winger vorwiegend mit vier unvollkommenen Gärten zu rechnen haben, nämlich: mit der **Peronospora**, dem **Oidium**, dem **Springwurmschädl.** und dem **Waldkäfer**, und daß, soweit die wechselländigen Witterungsverhältnisse eine gleichmäßige Sicherheit des Ertrages überhaupt zulassen, eine solche nur dann denkbar ist, wenn der Weinbauer sich frühzeitig rüstet, um jeden der vorbezeichneten Hauptfeinde des Weinbaues abzuwehren.

Großherzogtum Baden.

— **Karlsruhe, 3. Juli.**

Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin fuhrten heute nachmittag nach 3 Uhr von **Waldheim** nach **Freiburg**, um dort an der Feier der Grundsteinlegung des neuen Kollegiengebäudes teilzunehmen. Gleichzeitig begaben sich die Mitglieder des Staatsministeriums dahin.

Seine Königliche Hoheit der Erbprinz von Baden mußte wegen einer seit einigen Tagen bestehenden leichten Erkältung darauf verzichten, der Feier anzuhäuschen.

(Personalnachrichten aus dem Oberpostdirektionsbezirk **Karlsruhe**.) Angenommen als Postanwärter: **Friedrich Hanfer** in **Heidelberg**; als Postgehilfin: **Marie Burger** in **Karlsruhe**.

Staatlich angestellt: der Postassistent **Adolf Egolf** in **Karlsruhe**.

Berufen die Postassistenten: **Anton Diehm** von **Waldheim** nach **Heidelberg**, **Udo Dör** von **Malsch** (**Ami Etklingen**) nach **Waldheim**, **Johann Gebhard** von **Rosenberg** nach **Waldheim**.

Gestorben: der Postsekretär **Joseph Ahl** in **Waldheim**; der Oberpostassistent **Friedrich Dahn** in **Waldheim**; der Telegraphenassistent **A. D. Franz Fischer** in **Heidelberg**.

(Stadtgartenheiter.) „Die Dame aus **Trouville**“.

„Die Dame aus **Trouville**“, **Baudouin** in drei Akten nach dem französischen des **Vercaud**, **Soulié** und **Dacantiere** von **Maurice Rappaport** — viele Köpfe verderben den Drei, jedenfalls war der Dreibakter dieser drei oder vier Autoren nicht sehr schmackhaft. Das Stück ist in **Berlin** 300 mal aufgeführt worden, man muß staunen darüber, wieviel eine Weltstadt vertragen kann, unser **Karlsruher Publikum** zeigte schon beim erstenmal deutsche Spuren von Ermattung. Die Aufführung bewerte allerdings auch bis gegen halb 12. Das lag zwar hauptsächlich an den Schwierigkeiten, die sich bei Erstaufführungen auf unserer primitiven Stadtgartenbühnen jedem Szenenwechsel entgegenstellen, wodurch die langen Pausen sich erklären, aber das Stück ist auch selbst in Anbetracht seiner Qualitäten zu lang. Es ist ein posthumes Singpiel oder richtiger ein ganz normales Pariser Lustspielchen mit etwas Musik und Gesang. Die Einleitungsmusik ist sogar recht hübsch und melodisch, mit leichten Anklängen an die „**Gaiety**“ u. a. Der Gesang beschränkt sich auf einige Couplets, wobei sich namentlich **Frl. Ziegler** durch ganz guten Vortrag auszeichnet, im übrigen ist dieses **Baudouin** eines der Schablonenfabrikate, wie sie von den modernen französischen Schablonendichtern in Massen produziert werden. In den Mittelpunkt der Handlung wird, wie bei allen diesen Erzeugnissen, irgend eine pilante Beziehung gestellt. Dieser Kern wird dann mit möglichst vielen Verwicklungen, Verirrungen, Ueberfahrungen und Mißverständnissen, zum Teil auch mit willkürlich herbeigezogenen komischen Situationen umgeben, so daß der Zuschauer, unter mehr oder weniger Lachen, sich in den Wirrwarr hineingehen läßt und bald endgültig verzichtet, die Verunft zum Durchbruch kommen zu lassen. Die Grundlage für das ganze bunte Durcheinander — von einer Handlung zu reden ist kaum zulässig — liefert ein verheirateter Pariser Institutsvorsteher **Ernest Bipolet**, der durch den Anblick einer badenden Schönheit in **Trouville** völlig berauscht ist, der sich dann unter allerlei Schwindeln der Aussicht seiner gestrenge Frau entzieht, seine Angebetete trifft, dabei aber eine recht traurige Rolle spielt und in sehr reduzierterem Zustande wieder nach Hause zurückkehrt. — Die Darstellung tat ihr Möglichstes, besonders **Frl. Ziegler** war ein vorzüglicher Bipolet, der oft hübsche Seitenteile hervorbrachte, auch die Herren **Großmann** (früherer Institutsinhaber), **Walter** (Hilfslehrer), **Armstrong**, **Mohr**, **Amalfi** und **Leu** entwickelten viel wirksame Komik. Von den Damen sind außer **Frl. Ziegler** (**Titelrolle**), **Frl. Mathy** (**Mlle. Bipolet**) und **Frl. v. Reisinger** zu nennen, die gesanglich sehr gutes boten. Das Publikum ließ sich, wie gesagt, von einigen Schlägern mit fortreißen, war aber zum Schluß doch mehr ermattet als angeregt.

(Ueber die zweite Mitgliederversammlung der deutschen Gartenabteilung, Ortsgruppe **Karlsruhe**), die in voriger Woche im **Waldheim** stattfand, wird uns geschrieben: Der Vorsitzende, **Walter D. Kamppmeyer**, berichtete zunächst über seine Studienreise durch **England**, über die rasche Entwicklung, welche die Gartenstadt bei **London** und die übr-

Statt besonderer Anzeige.

Der Herr hat heute nachmittag meinen teuren Gatten, unseren lieben Sohn und Schwiegersohn, den Ingenieur und Fabrikbesitzer, Leutnant der Reserve im I. Badischen Leib-Dräger-Regiment Nr. 20

Herrn Peter Wilhelm Lüders

34 Jahre alt, aus schwerer Krankheit und doch ihm und uns unerwartet zu sich gerufen.

Erfurt, Grunewald, Berlin, den 30. Juni 1906.

Marie Lüders geb. Schlesinger-Trier
Karl Lüders, Wirkl. Geh. Oberregierungsrat und
Frau Friederike geb. Jessen
Frau Carl Schlesinger-Trier
zugleich im Namen der übrigen Anverwandten.

Stadtgarten-Theater

Karlsruhe.
Mittwoch den 4. Juli 1906:

Der Bettelstudent.

Große Operette in 3 Akten
von Carl Millöcker.
Näheres Tageszettel.

Grosse Wohltätigkeits-Geld-Lotterie
d. Bad. Landesvereins vom Roten +
Ziehung bereits 21. Juli
Beste Gewinnchancen
3388
Mk. 44000
1. Hauptgew. M. 15000
2. Hauptgew. M. 5000
2 à 1000 = M. 2000
4 à 500 = M. 2000
3380 Gew. zus. M. 20000
Los 1 M.
11 Lose 10 Mk.
Porto u. Liste 30 Pfg.
J. Stürmer, General-Agent
In Karlsruhe: Carl Götz,
Hebelstr. 11/15.

Günstiger Gelegenheitskauf von Pianinos!
Bayrische Flügel-
und Pianinofabrik
mit Dampftrieb u. eigenem Sägewerk
Gegründet 1830 von
Wilhelm Arnold, Aichaffenburg.
Lieferant von + Hans von Bülow,
Fürstlichkeiten und staatl. Anstalten
lehrt Bülow-Pianinos u. Flügel in
technisch und künstlerisch vollendeter
Ausführung direkt an Private ohne
Zwischenhändler zu Fabrik-Aus-
nahmepreisen.
Auch Teilzahlung ohne Erhöhung der
Vorzugspreise. — Bei Vorzahlung
höchster Rabatt — Freie Ziehung. —
14 Tage Probezeit. — 10 Jahre
Garantie. Tausende von Dankstreifen
aus allen Kreisen. Austr. Katalog m.
Vorzugspr. sofort postfrei. Kurze Zeit
gespielte Instrumente in allen Preislagen

Deutsche
Lebensversicherungsbank
Aktien-Gesellschaft in Berlin NW.
Subdirektion Karlsruhe, Schlossplatz 7.
Dieselbe schließt unter günstigen
Bedingungen Lebensversicherungen,
Militärdienst-, Aussteuer-, Alters-
und Töchter-Versicherungen.
Die Versicherungen sind nach einem
Jahr unanfechtbar. — Coulaenteste
Bedingung. — Prospekte versendet
franko und jede Auskunft erteilt be-
reitwilligst Die Direktion.

Gebäudeversteigerung.
Am Donnerstag den 19. Juli
1906, vormittags 10 Uhr, findet
im Geschäftszimmer der Garnisonver-
waltung, Ufenheimerstr. 19, die öffent-
liche Versteigerung eines zum Abbruch
bestimmten Abortgebäudes in der Ka-
baller-Kaserne und einer Müllgrube
im Arresthaus statt. Die Abbruch-
bedingungen liegen in obigem Geschäfts-

Ideale Villen

3. Geländekauf 22.500 u. 32.000 M.
Rest 3 1/2, Zins. Reiz. Willkür. all.
Comfort Jagd, Forellzucht, waldr. südd.
Krsid. Adr. „Heim“ Rudolf
Kofke, Frankfurt a. M. B329.2

Wegbauingenieur

mit allen einschlägigen Fragen des
Wegbaues, sowie Kunstb. Brücken,
Durchlässe etc. bestens betraut, sucht
gefühlt auf sehr gute Zeugnisse über
mehrjährige Tätigkeit in diesem Fache
und über viele ausgeführte Bauten —
besonders Waldwege — dauernde Stelle.
Nur Angebote mit Zusicherung auf
definitive Anstellung (ein Probejahr
wird eingegangen) wollen bis längstens
15. Juli an die Expedition d. Bl. unter
B. 404 gerichtet werden.

Fabrikverkauf.

Eine Fabrik der chem.-tech.
Branche in der Nähe Stuttgarts mit
steigendem Umsatz wird besonderer
Verhältnisse halber dem Verkauf
ausgesetzt. — Nötiges Kapital ca.
M. 50000.—. Offerte unter A. B.
200 bef. Daube & Co., Stuttgart.
B.456

Bürgerliche Rechtsstreite.

Öffentliche Zustellung einer Klage.
B.330.22 Nr. 12445. Freiburg.
Die Ehefrau des Schreiners Wilhelm
Lacher, Kauline geb. Sautter in
Flurlingen, Kanton Zürich, Prozeßbe-
vollmächtigter: Rechtsanwalt Wautsch
in Freiburg, klagt gegen den genannten,
zurzeit an unbekanntem Orten ab-
wesenden Ehemann unter der Behaupt-
ung, daß er sich Verheiratung im Sinne
der §§ 1565 und 1568 B.G.B. habe zu-
schulden kommen lassen mit dem An-
trage auf Ehescheidung.
Die Klägerin laßt den Beklagten
zur mündlichen Verhandlung des Rechts-
streits vor die III. Zivilkammer des
Großherzoglichen Landgerichts zu Frei-
burg auf
Donnerstag den 4. Oktober 1906,
vormittags 9 Uhr,
mit der Aufforderung, einen bei dem
gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt
zu bestellen.
Zum Zwecke der öffentlichen Zustel-
lung wird dieser Auszug der Klage be-
kannt gemacht.
Freiburg, den 23. Juni 1906.
Dr. Pfefferle,
Gerichtsschreiber Gr. Landgerichts.

Öffentliche Zustellung.

B.358.22 Heidelberg. Der Agent
Moritz Großberger in Heidelberg, ver-
treten durch Rechtsanwalt Dr. Schott-
ler in Heidelberg, klagt im Wechsel-
prozeß gegen die Firma C. F. Salrein
& Cie., Inhaber C. F. Salrein,
zuletzt in Heidelberg, zurzeit an un-
bekanntem Orten, als Ausstellerin des
Wechsels vom 15. März 1906 über
172 M. 80 Pf., zahlbar am 16. Juni
1906 mit dem Antrage, auf kostenfällige
Berurteilung der Beklagten zur Zah-
lung von 172 M. 80 Pf. nebst 6%
Zinsen vom 16. Juni 1906, ferner von
6 M. 90 Pf. Wechselunkosten nebst
6% Zinsen vom Klagezustellungstage an.
Der Kläger laßt die Beklagte zur
mündlichen Verhandlung des Rechts-
streits vor das Großh. Amtsgericht
zu Heidelberg, II. Stock, Zimmer Nr.
18, auf
Dienstag den 14. August 1906,
vormittags 9 1/2 Uhr.
Zum Zwecke der öffentlichen Zustel-
lung wird dieser Auszug der Klage
bekannt gemacht.
Heidelberg, den 26. Juni 1906.
Fittelmann,

Öffentliche Zustellung einer Klage.

B.409.22 Nr. 13243. Karlsruhe.
Der Möbelhändler August Brück-
wiler in Freiburg i. B., Prozeßbevoll-
mächtigter: Rechtsanwalt Trunk hier,
klagt gegen den Karl Rheinboldt,
früher Wirt zum Böhmerischen Hof in
Heidelberg, 3 Bt. an unbekanntem Orten
abwesend, im Wechselprozeß auf Grund
des Wechsels vom 1. Februar 1906
über 815 M. 50 Pf., an dem 15. Mai
1906, der von dem Beklagten auf
G. Rheinboldt in Baden gezogen und
von letzterem akzeptiert worden ist und
auf Grund der Protokollurteile vom
2. Mai 1906 mit dem Antrage, den
Beklagten kostenfällig zu verurteilen,
als Gesamtschuldner mit Gustav Rhein-
boldt, Gastwirt in Baden Baden, an
den Kläger 800 M. 50 Pf. — acht-
hundert Mark 50 Pf. — nebst 6 Proz.
Zins vom 1. Mai 1906 und 11 M.
50 Pf. Wechselunkosten, sowie 1/2 Proz.
Provision zu bezahlen.
Der Kläger laßt den Beklagten
zur mündlichen Verhandlung des Rechts-
streits vor die Ferien-Kammer für
Handelsachen des Großh. Landgerichts
zu Karlsruhe auf
Mittwoch den 22. August 1906,
vormittags 9 Uhr,
mit der Aufforderung, einen bei dem
gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt
zu bestellen.
Zum Zwecke der öffentlichen Zustel-
lung wird dieser Auszug der Klage
bekannt gemacht.
Karlsruhe, den 29. Juni 1906.
Stech,
Gerichtsschreiber Gr. Landgerichts.

Aufgebot.

B.424.21. Nr. 3385. Freiburg.
Der Landwirt Jakob Friedrich Kiechle
in Mengen hat beantragt, den ver-
schollenen Ernst Friedrich Dettle von
Mengen, zuletzt wohnhaft in Mengen,
für tot zu erklären.
Der bezeichnete Verschollene wird
aufgefordert, sich spätestens in dem auf
Mittwoch den 20. März 1907,
vormittags 10 Uhr,
vor dem Amtsgerichte hier selbst, Zimmer
Nr. 3, anberaumten Aufgebots-
termine zu melden, widrigenfalls die
Todeserklärung erfolgen wird.
An alle, welche Auskunft über Leben
oder Tod des Verschollenen zu erteilen
vermögen, ergeht die Aufforderung,
spätestens im Aufgebotstermine dem
Gerichte Anzeige zu machen.
Freiburg i. Br., den 27. Juni 1906.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts II.
M o h r.

Konkursverfahren.

B.444. Emmendingen. In
dem Konkursverfahren über das Ver-
mögen des Kronenwirts Gustav Kern
in Birstetten-Schupfholz ist Termin
zur Prüfung nachträglich angemeldeter
Forderungen bestimmt auf
Montag den 16. Juli 1906,
vormittags 9 Uhr.
Emmendingen, den 30. Juni 1906.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.
E m g.

Konkursverfahren.

B.457. Karlsruhe. Im Konkurs-
verfahren über den Nachlaß des Großh.
Hofkaufmanns Heinrich Reiff hier
ist Termin zur Abnahme der Schluß-
rechnung, zur Erhebung von Einwen-
dungen gegen das Schlußverzeichnis
und zur Beschlußfassung der Gläubiger
über die nicht verwertbaren Vermögens-
stücke bestimmt auf
Dienstag den 31. Juli 1906,
vormittags 9 Uhr,
Zimmer 50.
Karlsruhe, den 2. Juli 1906.
Bruch,
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

Konkursverfahren.

B.445. Nr. 8367 Mannheim.
In dem Konkursverfahren über das
Vermögen der Aktiengesellschaft für
chemische Industrie Mannheim hat das
Großh. Amtsgericht Mannheim Abt. 6
mit Beschluß vom 30. Juni 1906 auf
Antrag des Konkursverwalters eine
Gläubigerversammlung berufen zur An-
nehmung über den Vergleichsvorschlag,
welchen die Mitglieder des Vorstandes
und des Aufsichtsrates der Aktiengesell-
schaft für chemische Industrie zur Er-
ledigung des gegen sie angehängten
Entscheidungsprozesses dem Konkurs-
verwalter gemacht haben, auf
Donnerstag den 12. Juli 1906,
vormittags 9 1/2 Uhr,
Sitzungsaal B, Zimmer 112, neues
Amtsgerichtsgebäude 2. Stock.
Mannheim, den 2. Juli 1906.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts 6:
R o d.

Bekanntmachung.

B.441.31. Nr. 9787. Wolfach.
Der am 8. Juli 1879 zu Ach, Ober-
amt Freudenstadt, geborene, zuletzt in
Hausach wohnhafte Christian Herbjireit
wird beauftragt, als Erbschaftsreferent ohne
Erlaubnis ausgemandert zu sein.
Uebertretung gegen § 360 Nr. 3 des
Strafgesetzbuchs.
Derselbe wird auf Anordnung des
Großh. Amtsgerichts hier selbst auf
Montag den 27. August 1906,
vormittags 9 1/2 Uhr,
vor das Großh. Schöffengericht Wolfach
zur Hauptverhandlung geladen.

Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird
derselbe auf Grund der nach § 472 der
Strafprozeßordnung von dem Bezirks-
kommando zu Vörsach ausgesetzten Er-
klärung verurteilt werden
Wolfach, den 30. Juni 1906.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.
R e i d.

Bekanntmachung.

B.438. Nr. 1700. Karlsruhe.
Die Herbstprüfung für den ein-
jährig-freiwilligen Dienst
betr.
Die Herbstprüfung zur Erlangung
der Verechtigung zum einjährig-
freiwilligen Militärdienst wird im
Laufe des Monats September d. J.
stattfinden.
Anmeldungen, in welchen das Gesuch
um Zulassung zur Prüfung auszu-
sprechen ist, sind spätestens bis zum
1. August d. J. anber einzureichen
und sind denselben anzuschließen:
a. ein von der zuständigen Behörde
ausgestelltes Geburtszeugnis;
b. die nach Nummer 17a erteilte Ein-
willigung des gesetzlichen Vertreters
mit der Erklärung, daß für die Dauer des
einjährigen Dienstes die Kosten des
Unterhalts mit Einschluß der Kosten
der Ausrüstung, Bekleidung und Woh-
nung von dem Bewerber getragen
werden sollen; statt dieser Erklärung
genügt die Erklärung des gesetzlichen
Vertreters oder eines Dritten, daß er
sich dem Bewerber gegenüber zur Tra-
gung der bezeichneten Kosten verpflich-
tet und daß, soweit die Kosten von der
Militärverwaltung bestritten werden, er
sich dieser gegenüber für die Ertragspflicht
des Bewerbers als Selbstschuldner ver-
bürgt. Die Unterfertigung des gesetz-
lichen Vertreters und des Dritten, sowie
die Fähigkeit des Bewerbers, des ge-
setzlichen Vertreters oder des Dritten
zur Bestreitung der Kosten ist obrig-
keitslich zu bescheinigen. Ueberrimmt
der gesetzliche Vertreter oder der Dritte
die in dem Vorstehenden bezeichneten Ver-
bindlichkeiten, so bedarf seine Erklärung,
sofern er nicht schon kraft Gesetzes zur
Gewährung des Unterhalts verpflichtet
ist, der gerichtlichen oder notariellen
Beurkundung:
c. Unbescholtenheitszeugnisse vom 14.
Lebensjahr an.
Sämtliche Papiere sind im Original
einzureichen.
Auch hat der Prüfling einen von ihm
selbst geschriebenen Lebenslauf beizu-
fügen und in der Meldung anzugeben,
in welchen zwei fremden Sprachen (lat.
inisch, griechisch, französisch und eng-
lisch oder statt des letzteren russisch) er
geprüft zu werden wünscht.
Bezüglich der Wiederholung der
Prüfung bestehen folgende Grundsätze:
Besteht ein Bewerber die Prüfung
vor der Prüfungskommission nicht, so
ist eine einmalige Wiederholung zulässig.
Ist auch diese erfolglos, so darf der
Bewerber von der Entscheidung dritter
Instanz nur in ganz besonderen Aus-
nahmefällen zum dritten Male zur
Ablegung der Prüfung zugelassen werden.
In dem Gesuch um Zulassung
zur Prüfung ist daher auch anzu-
geben, ob wie oft und wo sich der
Bewerber einer Prüfung vor einer
Prüfungskommission bereits unter-
zogen hat.
Karlsruhe, den 29. Juni 1906.
Prüfungskommission
für Einjährig-Freiwillige.
Der Vorsitzende:
Föhrenbach.

Bekanntmachung.

Bei der heute stattgehabten Auslosung
der auf 31. Dezember l. J. zur Helm-
zahlung gelangenden Schulverschrei-
bungen des dreiprozentigen Anlehens
der Stadtgemeinde Offenburg vom Jahre
1895 wurden gezogen:
Lit. A. Nr. 9, 70, 207, 208 und 291.
Lit. B. Nr. 1, 38, 41, 44, 47, 189,
186, 197, 261, 339, 613, 614
und 647.
Lit. C. Nr. 4, 14, 75, 329, 350, 419,
434, 436, 528, 532, 533, 540
und 571.
Lit. D. Nr. 24, 78 und 149.
Die Inhaber der Schulverschrei-
bungen werden hiervon des Aufzinses
in Kenntnis gesetzt, daß mit 31. De-
zember l. J. die Verzinsung der ge-
zogenen Stücke aufhört und deren Ein-
lösung bei der Stadtkasse Offenburg,
bei dem Bankhause Strauß & Cie. in
Karlsruhe und bei der Direktion der
Diskonto-Gesellschaft in Berlin erfolgt.
Offenburg, den 27. Juni 1906.
Der Stadtrat.
Hermann. Miltner.

Bekanntmachung.

B.437. Nr. 18908. Tauber-
bischofsheim.
Den Kammerdienst in Tauber-
bischofsheim betr.
Die Kammerstelle des Kreisbezirks
Tauberbischofsheim ist erledigt. Die
Neubesetzung wird mit Wirkung vom
5. September d. J. erfolgen. Die Ver-
sorgung der Gemeinden Dittelhausen,
Buch a. Adorn und Schwarzenbrunn
bleibt vorbehalten.
Mit Frist von vier Wochen
fordern wir die für eine Kammer-
stelle befähigten Personen zur Be-

werbung auf. In den Bewerbungen,
welche beim hiesigen Bezirksamt schrift-
lich einzureichen sind, ist über Namen,
Geburts- und Wohnort, Alter, Familien-
verhältnisse, Vorbildung und jetzige
Tätigkeit des Bewerbers wahrheits-
getreue Angabe zu machen und es müssen
denselben die in § 3 Abs. 2 der Kam-
merordnung genannten Zeugnisse bei-
gelegt werden.
Tauberbischofsheim, den 27. Juni 1906.
Großh. Bezirksamt.
E. Bigel.

Wasserwerk

der Gemeinde Weingarten
Amt Durlach.
Die Gemeinde Weingarten vergibt im
öffentlichen Verdingung die Herstellung
eines Hochbehälters mit einem Nuten-
raum von 330 cbm. Angebote wollen
verschlossen und mit der Aufschrift
„Wasserleitung“ versehen, bis längstens
Donnerstag den 12. Juli, vormit-
tags 10 1/2 Uhr, auf dem Rat-
haus in Weingarten, woselbst
auch die Eröffnung der Angebote er-
folgt, eingereicht werden. Die Ver-
dingungsgrundlagen sind gegen portofreie
Einsendung von 1 Mark vom
Gemeinderat zu beziehen. B.402.22
Zuschlagsfrist 14 Tage.
Gr. Kulturinspektion Karlsruhe.

Vergebung von Bauarbeiten.

Die zum Neubau eines Dienst-
gebäudes für das Domänen-
amt und den Bezirksgeometer
in Kehl erforderlichen Bauarbeiten
sollen im Wege der öffentlichen Ver-
dingung im Afford vergeben werden
und zwar:
1. Maurerarbeit,
2. Steinbauerarbeit:
a. helles Material für Fassaden,
b. roter Sandstein oder Granit
für die Treppen,
3. Zimmerarbeit,
4. Dachdeckerarbeit (rote Zie-
gel),
5. Schmiedearbeit,
6. Blecharbeit,
7. Holzschleiferei.
Pläne und Bedingungen können in
der Zeit vom Dienstag den 3. Juli
bis Freitag den 13. Juli d. J.
während der üblichen Geschäftsstunden
auf unserm Bauureau in Kehl
eingesehen werden. B.357.22
Die Angebote, für welche Formu-
lare gegen Erlos der Selbstkosten
erhältlich sind, müssen längstens bis
Freitag den 13. Juli d. J., vor-
mittags 11 Uhr, portofrei und ver-
siegelt mit entsprechender Aufschrift
verschlossen, auf unserm Bauureau in Kehl
eingereicht sein, zu welchem Zeitpunkt
die Eröffnung in Gegenwart der etwa
erhaltenen Bewerber erfolgen wird.
Die Zuschlagsfrist beträgt 3 Wochen.
Die Bauleitung.

Großh. Bad. Staats-

Eisenbahnen.
Die Lieferung des Bedarfs an Bahn-
wartsdienstkleidern für die Jahre
1907, 1908 und 1909 soll in öffentlicher
Verdingung vergeben werden. Die
Anfertigung dieser Dienstkleider muß
im Großherzogtum Baden erfolgen.
Angebote hierauf sind schriftlich, ver-
schlossen und mit der Aufschrift
„Bahnwartsdienstkleider“
versehen, bis spätestens
Montag den 16. Juli d. J.,
vormittags 10 Uhr,
anber einzureichen.
Lieferungsbedingungen und Angebot-
bogen werden auf postfreie Anfrage
abgegeben. B.326.33
Musterstücke liegen bei unserer Kleider-
kammer zur Ansicht auf. Zufendung
der Musterstücke findet nicht statt.
Karlsruhe, den 25. Juni 1906.
Großh. Verwaltung der Eisenbahn-
magazine.

Großh. Bad. Staats-

Eisenbahnen.
Vergebung von Bauarbeiten.
Zur Herstellung eines 50 m langen
Kohlschuppens im Kohlenhof Mannheim
sollen nachfolgende Bauarbeiten, nach
den Arbeitszeichnungen getrennt, in öf-
fentlichem Wettbewerb vergeben werden.
1. Grab- und Maurerarbeiten,
2. Steinbauerarbeiten (Postament-
mauer),
3. Zimmerarbeiten,
4. Dachdeckung mit Dachpappe.
Zeichnungen und Bedingungen, welche
nach auswärts nicht verhandelt werden
sollen, liegen auf dem diesseitigen Kohlschup-
pnbureau, Aufnahmsgebäude 3. Stock,
Zimmer Nr. 84, während der üblichen
Geschäftsstunden zur Einsicht auf, wo-
selbst auch die Angebotsformulare zum
Einschicken der Einzelpreise erhoben wer-
den können. B.403.22
Angebote sind spätestens bis zu dem
am Mittwoch den 11. Juli, vormit-
tags 10 Uhr, stattfindenden Ver-
dingungstagfrist verschlossen, portofrei
und mit der Aufschrift „Kohlschuppen“
versehen, bei mir einzureichen.
Zuschlagsfrist 3 Wochen.
Der Gr. Bahnbauinspektor.